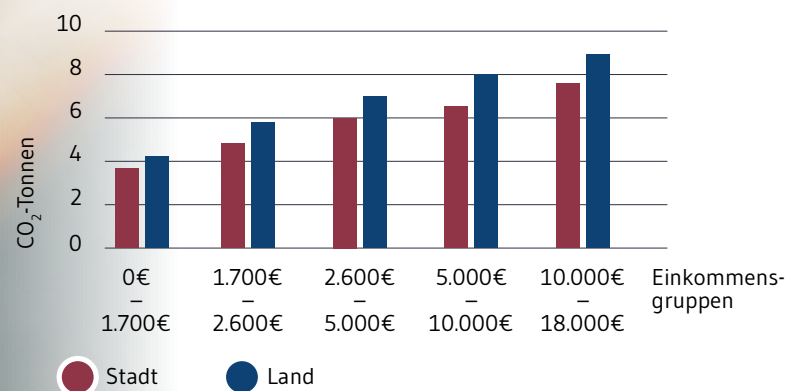


Fair finanziert – Klimapolitik gerecht und effektiv gestalten



JÄHRLICHE EMISSIONEN PRO HAUSHALT IM VERKEHRS- UND WOHNBEREICH NACH EINKOMMEN UND STADT/ LAND



Eigene Darstellung basierend auf der Einkommens- und Verbraucherstichprobe 2018

Eine vorausschauende Klimapolitik sichert langfristigen Wohlstand, indem sie Klimaschäden begrenzt und Lebensgrundlagen künftiger Generationen erhält. Jede vermiedene Tonne CO₂ spart volkswirtschaftliche Kosten. Gleichzeitig fördert Klimapolitik Innovationen und Investitionen in klimafreundliche Technologien, reduziert Energieimportabhängigkeit und geopolitische Risiken, verbessert die Luftqualität und senkt Gesundheitskosten.

So notwendig Klimapolitik ist, erfordert sie Investitionen und Einsatz. Und sie trifft auf eine Realität, die von geopolitischen Konflikten, zeitweise hohen Energiepreisen und wirtschaftlicher Unsicherheit geprägt ist. In diesem Umfeld verliert der Klimaschutz für viele Menschen an Dringlichkeit, die Unterstützung für ambitionierte Ziele wird brüchiger. Eine langfristig tragfähige Klimapolitik muss daher auf Fairness, Effizienz und Akzeptanz setzen:

Kosten und Nutzen müssen gerecht verteilt, die verfügbaren Mittel gezielt eingesetzt und die Anliegen der Bevölkerung berücksichtigt werden.

Das Kopernikus-Projekt Ariadne hat das zum Anlass genommen, sich mit 50 zufällig ausgewählten Menschen aus ganz Deutschland zur Frage auszutauschen, wie Klimaschutz gerecht umgesetzt und finanziert werden kann. Zur Debatte standen verschiedene Politikmixe aus CO₂-Bepreisung, Förderprogrammen, Finanzierungsquellen und Ordnungsrecht.

Zum Einstieg wurde mit den Teilnehmenden über Gerechtigkeitsfragen von Klimaschutz diskutiert: Von wem und wie sollten Klimaschutzmaßnahmen finanziert werden? Vier mögliche Gerechtigkeitsansätze wurden dazu vorgestellt: Verursacherprinzip, Generationengerechtigkeit, Zahlungsfähigkeit und Gleichheitsprinzip.

Im nächsten Schritt entwickelten die Forschenden vier verschiedene Politikmixe mit unterschiedlichen Schwerpunkten auf CO₂-Bepreisung, Förderprogrammen und Ordnungsrecht. Alle vier Varianten können das deutsche Klimaziel 2030 erreichen. Dabei gilt: Ein höherer CO₂-Preis senkt den Bedarf an zusätzlichen Maßnahmen wie Förderprogrammen oder Regulierung. Umgekehrt kann der CO₂-Preis niedriger ausfallen, wenn diese Instrumente genug Emissionen einsparen. Die Kosten und finanziellen Folgen verteilen sich dabei unterschiedlich auf die Gesellschaft.

Bei Förderprogrammen steht die direkte Auszahlung im Vordergrund, während die CO₂-Bepreisung für Bürgerinnen und Bürger vor allem als Mehrbelastung bei Tank- und Heizkosten sichtbar wird. Tatsächlich verursachen aber auch Förderungen Kosten, die beispielsweise durch Neuverschuldung, Steuererhöhungen

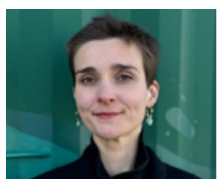
oder die Einsparung anderer Staatsausgaben gegenfinanziert werden müssten. Diskutiert wurden dafür unterschiedliche Finanzierungswege, darunter Mehrwertsteuererhöhungen, ein Klima-Soli und die Vermögensteuer.

Die Ergebnisse der Diskussionen finden Sie auf der nächsten Seite.

Online! Ergebnisse zum Nachlesen.



Wissenschaft im Gespräch



Karolina Rütten
Doktorandin am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung



Dr. Maximilian Kellner
Postdoktorand am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung



Benita Ebersbach
Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit



Tobias Haas
Senior wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit

Was hat Sie motiviert, bei der Bürgerdeliberation mitzumachen?

Maximilian Kellner: Ariadne ist keine Forschung im Elfenbeinturm. Das Besondere am Projekt ist, dass es Wissenschaft, Politik und Gesellschaft von Beginn an bewusst verknüpft. Die Bürgerdeliberation spielte dabei eine zentrale Rolle. So blieb die Forschung stets geerdet, erhielt regelmäßige „Realitätschecks“ und erreichte zugleich Bürgerinnen und Bürger sowie die Politik.

Welche drei Punkte haben Sie an der Ariadne-Bürgerdeliberation geschätzt?

Karolina Rütten: Den „Blick über den Teller“ und die Möglichkeit, meine eigenen Überzeugungen zu hinterfragen; die respektvolle Diskussionskultur unter den Teilnehmenden und ihre große Bereitschaft, sich tief mit komplexen Themen zu befassen.

Gab es Dinge, die herausfordernd waren?

Benita Ebersbach: Wie so oft in der Wissenschaftskommunikation bestand die Herausforderung darin, komplexe Themen verständlich zu erklären, ohne sie zu stark zu vereinfachen oder zu verfälschen. Viele Bürgerinnen und Bürger wünschten sich mehr Informationen. Gleichzeitig liefen wir Gefahr, die Agenda zu überladen und dem wissenschaftlichen Input zu viel Gewicht zu geben. Das richtige Gleichgewicht zu finden, beschäftigte uns während der gesamten Projektlaufzeit.

Wie hängen Bürgerdeliberation und Ihre eigene Forschung zusammen?

Karolina Rütten: Mit meinem Forschungsschwerpunkt auf Online-Befragungen hat mir die Bürgerdeliberation erlaubt, „hinter die Antworten“ der Befragten zu schauen.

So verstehe ich besser, welche Begründungen, Annahmen und Abwägungen ihre Antworten in Umfrageexperimenten prägen. Ohne die direkte Interaktion mit den Teilnehmenden bleiben diese Einsichten meist verborgen.

Warum war Ariadne II ein Erfolg?

Benita Ebersbach: Trotz der veränderten politischen Lage haben wir das Thema Klimaschutz im Gespräch gehalten. Gleichzeitig haben wir den Menschen Raum gegeben, ihre Sorgen und Bedenken zu äußern. Diese beiden Punkte sehe ich als Erfolg.

Tobias Haas: Die Diskussionsräume, die wir im Rahmen von Ariadne geschaffen haben, sind entscheidend für eine demokratische und sozial gerechte Energiewende.

Politikmixe

Lenken, Fördern, Finanzieren

Ausgangspunkt: Zur Debatte standen vier wissenschaftlich entwickelte Politikmixe, die CO₂-Bepreisung, Förderprogramme für klimafreundliche Heizungen und Mobilität sowie ordnungsrechtliche Maßnahmen unterschiedlich kombinieren, um das deutsche Klimaziel 2030 zu erreichen.

Dabei galt: Die Einnahmen aus dem CO₂-Preis finanzieren zunächst die Förderprogramme. Bei geringem Förder-

volumen können Überschüsse aus den CO₂-Preis-Einnahmen als Klimageld an die Bürgerinnen und Bürger ausgezahlt werden. Fallen die Förderprogramme umfangreicher aus, sind zusätzliche Staatseinnahmen erforderlich.

Im Online-Dialog 2025 wurde dafür eine höhere Mehrwertsteuer diskutiert. 2026 brachten die Forschenden weitere Vorschläge ein: einen Klima-Soli von 3 % auf die Einkommensteuer sowie die Wie-

derführung einer Vermögensteuer von 1 % bei unterschiedlichen Freibeträgen von 5 oder 20 Millionen Euro.

Ergebnis: Die Teilnehmenden bevorzugten Politikmixe mit direkter ökologischer Lenkungswirkung und sozial gerechter Ausgestaltung, etwa durch Klimageld, sozial gestaffelte Förderprogramme und die stärkere Beteiligung finanziell leistungsfähiger Haushalte („starke Schultern“). Eine Mehrwertsteuererhöhung lehnten sie

durchgehend ab, andere Steueroptionen wurden kontrovers diskutiert.

Eine klare Einigung aller Kleingruppen auf einen bestimmten Politikmix blieb aus. Während die Ablehnung der Mehrwertsteuererhöhung im Dialog 2025 die Kleingruppen eher zu den Politikmixen 1 und 2 führte, streuten die Präferenzen im Dialog 2026 stärker, begleitet von einem wachsenden Wunsch nach maßgeschneiderten Lösungen.

Folgende Politikmixe wurden durch die Bürgerinnen und Bürger delibertiert:

POLITIKMIX	FINANZIERUNG DER FÖRDERPROGRAMME		WAHL DER KLEINGRUPPEN										
	DIALOG 2025	DIALOG 2026	DIALOG 2025				DIALOG 2026						
			GRUPPE 1	GRUPPE 2	GRUPPE 3	GRUPPE 4	GRUPPE 1	GRUPPE 2	GRUPPE 3	GRUPPE 4			
1	• Hoher CO ₂ -Preis 192 €/t → Option: Klimageld • Geringe Förderung (6 Mrd. € / Jahr) → Option: Soziale Staffelung	• CO ₂ -Preis-Einnahmen	• CO ₂ -Preis-Einnahmen	Keine Einigung in der Kleingruppe (Ablehnung Politikmixe 3 & 4 wegen MwSt.)		●				●			
2	• Mittlerer CO ₂ -Preis 131 €/t • Mittlere Förderung (30 Mrd. € / Jahr) → Option: Soziale Staffelung	• CO ₂ -Preis-Einnahmen + MwSt.-Erhöhung auf 21 %	• CO ₂ -Preis-Einnahmen + Klima-Soli 3 %			●		●	●				
3	• Mäßiger CO ₂ -Preis 93 €/t • Hohe Förderung (45 Mrd. € / Jahr) → Option: Soziale Staffelung	• CO ₂ -Preis-Einnahmen + MwSt.-Erhöhung auf 23 %	• CO ₂ -Preis-Einnahmen + Klima-Soli 3 % + Vermögensteuer 1% (Freibetrag 20 Mio. €)										●
4	• CO ₂ -Preis bleibt bei 55 €/t • Hohe Förderung (50 Mrd. € / Jahr) → Option: Soziale Staffelung • Schärfere Ordnungsrecht	• CO ₂ -Preis-Einnahmen + MwSt.-Erhöhung auf 25 %	• CO ₂ -Preis-Einnahmen + Klima-Soli 3 % + Vermögensteuer 1% (Freibetrag 5 Mio. €)										

LENKEN

Die Teilnehmenden waren sich einig, dass Klimapolitik lenken muss, jedoch sozial gerecht gestaltet sein soll.

NATIONALER CO₂-PREIS

PRO

• **Wer viel ausstößt, zahlt viel:** Die Teilnehmenden lobten das Verursacherprinzip und die Lenkungswirkung des CO₂-Preises.

• **CO₂-Gefühl:** Der CO₂-Preis beeinflusst das Verhalten der Menschen und schärft ihr Bewusstsein für den CO₂-Ausstoß von Produkten und Technologien. „Mit dem CO₂-Preis weiß man wenigstens, was im Alltag klimafreundlich oder klimaschädlich ist. Das hat eine informative Wirkung. Wir haben zwar ein Zeitgefühl, aber kein CO₂-Gefühl.“

CONTRA

• **Akzeptanzfragen:** Ohne zusätzliche Maßnahmen wie Förderprogramme für klimafreundliche Technologien und Klimageld sehen viele Teilnehmende die Gefahr sozialer Ungerechtigkeit und mangelnder Akzeptanz.

• **Skepsis zur Geschwindigkeit:** Einige zweifelten daran, dass der CO₂-Preis das Verhalten ausreichend verändert, insbesondere bei wohlhabenden Haushalten. Sie fragten, ob der Wandel so schnell genug gelingt.

EU-ETS 2 (EUROPÄISCHES EMISSIONSHANDELSSYSTEM 2)

Der EU-ETS 2 war den Teilnehmenden vor dem Dialog weitgehend unbekannt. Nach dem wissenschaftlichen Input zum EU-ETS 2 entbrannten Diskussionen, die ein Spannungsfeld offenbarten: Einerseits hofften viele auf einen gesamteuropäischen Gemeinschaftsansatz, andererseits äußerten sie Bedenken zur sozialen Verträglichkeit.

PRO

• **Gemeinschaft stärken:** Die Teilnehmenden sahen einen EU-weiten CO₂-Preis als zentrale gemeinschaftliche Lösung. Einheitliche Regeln können fairen Wettbewerb sichern, wirtschaftliche Nachteile durch nationale Alleingänge vermeiden und ganz Europa zu geschlossenem Handeln bewegen.

CONTRA

• **Unklarheit:** Viele empfanden den EU-ETS 2 als abstrakt und bürgerfern.

• **Sorge vor Mehrbelastung:** Sie fürchteten eine übermäßige Belastung einkommensschwacher Haushalte und ärmerer EU-Staaten.

• **Glaubwürdigkeitsfrage:** Zudem zweifelten sie, ob alle EU-Staaten den EU-ETS 2 dauerhaft verfolgen würden.

• **Bedingung Klimageld:** Einen sozialen Ausgleich, durch ein Klimageld, hielten sie für unverzichtbar, um die Akzeptanz langfristig zu sichern.

FÖRDERN

Die Teilnehmenden hielten Förderprogramme für ein notwendiges Instrument der Klimapolitik, diskutierten sie jedoch kontrovers.

PRO

• **Anreiz zur Investition:** Die Teilnehmenden sahen in Förderungen einen wichtigen Anreiz, schneller in klimafreundliche Technologien wie Wärmepumpen oder E-Autos zu investieren. Eine Person sagte: „Förderprogramme beinhalten meist einen hohen Betrag. Das motiviert die Menschen schnell.“

• **Soziale Ermöglichung:** Einkommensschwache Haushalte können die Transformation ohne staatliche Zuschüsse finanziell nicht stemmen.

• **Wirtschaftlicher Aufschwung:** Gezielte Förderung könnte technologische Innovationen und „grüne“ Arbeitsplätze anreizen.

CONTRA

• **Mitnahmeeffekte:** Die Teilnehmenden äußerten die Sorge, dass vor allem die Industrie oder wohlhabende Haushalte die Gelder abgreifen könnten, obwohl sie ohnehin investiert hätten.

• **Bürokratische Hürden:** Der hohe Verwaltungsaufwand, um Förderungen zu beantragen und zu bearbeiten, schreckte viele Bürgerinnen und Bürger ab.

• **Soziale Ungerechtigkeit:** Kritisiert wurde, dass Förderprogramme vor allem Haushalten zugutekommen, die über ausreichend Eigenkapital für die Anschaffung verfügen, da die Förderung meist nur einen Teil der Kosten abdeckt.

BEDINGUNG FÜR DIE UMSETZUNG UND ALTERNATIVEN

Aus den Diskussionen gehen konkrete Wünsche für die Ausgestaltung hervor:

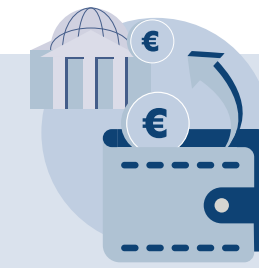
• **Soziale Staffelung:** Die Bürgerinnen und Bürger wünschten sich fast durchgehend höhere Fördersätze für Geringverdienende, um die Lasten gerechter zu verteilen.

• **Alternativen zur Individualförderung:** Einige Teilnehmende schlugen vor, die Mittel nicht direkt an Einzelpersonen auszuzahlen, sondern in Maßnahmen für alle zu stecken, etwa in kostenlosen oder besseren öffentlichen Nahverkehr.

FINANZIEREN

Für die Finanzierung von Klimamaßnahmen lehnten die Teilnehmenden eine Mehrwertsteuererhöhung klar ab. Andere Vorschläge wurden kontrovers diskutiert, fanden jedoch mehr Zustimmung. Bevorzugt wurden Maßnahmen mit direkter ökologischer Wirkung oder Orientierung an der finanziellen Leistungsfähigkeit.

In einer Befragung nach dem Dialog 2026 erhielten der CO₂-Preis und



die Vermögensteuer die höchste Zustimmung, gefolgt vom Klima-Soli. Die Schuldenaufnahme lag an vorletzter Stelle, während die Mehrwertsteuererhöhung gar keine Zustimmung bekam.

MEHRWERTSTEUERERHÖHUNG

PRO

Nur wenige Teilnehmende hobten die schnelle Umsetzbarkeit einer Mehrwertsteuererhöhung als positiven Aspekt hervor.

CONTRA

Die Mehrheit kritisierte die **pauschale Belastung** aller Haushalte unabhängig von deren CO₂-Ausstoß. Sie warnten vor sozialen Härten für Geringverdienende und einem Akzeptanzverlust der Klimapolitik. Stattdessen schlugen sie Steuersenkungen für klimafreundliche Produkte vor, um einen Kaufanreiz zu schaffen.

KLIMA-SOLI

PRO

Die Teilnehmenden bewerteten einen einkommensabhängigen Klima-Soli als **sozial gerecht** („starke Schultern“) und **leicht umsetzbar**, da er an bestehende Steuersysteme anknüpfen kann.

CONTRA

Kritische Stimmen bemängelten die **zusätzliche Belastung von Arbeitseinkommen** und vermissten eine direkte Lenkungswirkung zur Emissionsreduktion.

VERMÖGENSTEUER

PRO

Die Gruppe empfand es als fair, **wohlhabende Haushalte stärker zu beteiligen**, da diese statistisch einen höheren CO₂-Ausstoß verursachen. In der Nachher-Befragung zur letzten Dialogveranstaltung bewertete sie die Vermögensteuer neben dem CO₂-Preis als **gerechteste Finanzierungsquelle**, da sie enorme Mittel ohne Belastung einkommensschwacher Gruppen mobilisiert.

CONTRA

Die größten Bedenken der Teilnehmenden betrafen den **hohen bürokratischen Aufwand** bei der Erfassung und Bewertung von Vermögen. Es bestand zudem die Sorge vor **Kapitalflucht** ins Ausland und steuerlichen **Schlupflöchern**. Einige sprachen sich dafür aus, die Einnahmen nicht für Klimaschutz, sondern auch für Bildung und Infrastruktur zu nutzen.

SCHULDENAUFNAHME

PRO

Die Teilnehmenden lobten die **sofortige Verfügbarkeit** von Mitteln, um den Sanierungsstau aufzulösen. Sie hielten Schulden für **generationengerecht**, sofern diese in langlebige Infrastruktur fließen und durch eine **strikte Zweckbindung** ausschließlich nachhaltige Projekte finanzieren.

CONTRA

Kritische Personen lehnten es ab, die **Tilgungslast auf jüngere Generationen zu verschieben**, die kaum zur Klimakrise beigetragen haben. Sie monierten mangelnde Transparenz und fürchteten Inflation sowie den Einfluss von Lobbygruppen auf die Mittelverwendung.

WEITERE STEUERN & VORSCHLÄGE

Die Teilnehmenden schlugen die **Erbschaftsteuer** und **Luxussteuern** als sozial gerechtere Alternativen zu allgemeinen Steuererhöhungen (wie der Mehrwertsteuer) vor. Auch die **Abschaffung klimaschädlicher Subventionen** wurde als Idee eingebracht.

• **Erbschaftsteuer:** Einige Teilnehmende bemängelten, dass Deutschland Arbeitseinkommen stark besteuert, während große Erbschaften fast unberührt bleiben. Sie sahen hier ein Potenzial für die Klimafinanzierung.

• **Luxussteuern:** Die Teilnehmenden sprachen sie dafür aus, emissionsintensiven Luxuskonsum wie Privatyachten oder häufige Flugreisen nach

dem Verursacherprinzip stärker zu bepreisen. Angesichts ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit würden Betroffene zusätzliche Steuern kaum als Belastung wahrnehmen.

• **Klimaschädliche Subventionen:** Einige Teilnehmende wünschten sich einen stärkeren Fokus auf Einsparungen von Staatsausgaben etwa durch die Streichung klimaschädlicher Subventionen.

Bürgernah kommunizieren

Die Kommunikation der Politik trägt als ein entscheidender Faktor zur Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen bei. Folgende Aspekte sind den Teilnehmenden wichtig:

• **Verlässlichkeit und Kontinuität:** Die Bürgerinnen und Bürger kritisierten ein ständiges „Hin und Her“ in der Politik, das Unsicherheit schürt. Sie wünschten sich eine nachvollziehbare Linie im Klimaschutz und Einigkeit innerhalb der Regierung, um Vertrauen zurückzugewinnen.

• **Transparenz über Belastungen:** Die Herausforderungen sollten benannt und Lösungen angeboten werden, damit diese gemeinschaftlich bewältigt werden können.

• **Wissenschaftsbasierte Informationen:** Nach Ansicht der Teilnehmenden unterstützen gut aufbereitete Daten und sachliche Fakten dabei, Skepsis gegenüber Klimapolitik und deren Umsetzung abzubauen. Auch Beispiele aus anderen Ländern können Orientierung bieten.

• **Nutzen verdeutlichen:** Bürgerinnen und Bürger möchten die Hintergründe verstehen: Warum ist eine Maßnahme notwen-

dig und was bewirkt sie? Entscheidend sind dabei Erklärungen, die wissenschaftliche Fakten so aufbereiten, dass der konkrete Nutzen für alle greifbar wird.

• **Fokus auf soziale Gerechtigkeit:** Informationen zu den gesellschaftlichen Auswirkungen von Klimamaßnahmen sind wichtig – sowohl für eine gerechte Lastenverteilung heute als auch mit Blick auf die Vermeidung zukünftiger Kosten.

• **Verursacherprinzip als Anker:** Das Argument „Wer viel verbraucht, zahlt viel“ wurde als kraftvoll und grundsätzlich gerecht empfunden.

• **Positive Visionen statt nur Lasten:** Klimaschutz sollte nicht nur als Verzicht, sondern als Grundlage für langfristigen Wohlstand, technologische Innovation, Lebensqualität, Luftverbesserung und Ermöglichung (Alternativen anbieten) kommuniziert werden.

REGULIEREN

Das Ordnungsrecht war nicht Fokus der Debatte. Die Bürgerinnen und Bürger schätzten es als wirksam ein, bewerteten es jedoch zugleich als äußerst konfliktträchtig.



PRO

• **Planungssicherheit und Verständlichkeit:** Viele Teilnehmende sahen im Ordnungsrecht verlässliche „Leitplanken“. Es schaffe für Industrie und Gesellschaft Sicherheit darüber, was langfristig gelten soll.

• **Innovationsmotor:** Verbote und Standards können den „Erfindergeist der Industrie“ fördern und die Suche nach technologischen Alternativen beschleunigen. „Man verlässt sich damit nicht nur auf eine preisliche Lenkungswirkung, sondern schafft auch Klarheit für Investoren. Das finde ich sehr effektiv“, begründete eine Person.

• **Sicherheit und Beschleunigung der Zielerreichung:** Im Gegensatz zu rein preisbasierten Instrumenten schaffe das Ordnungsrecht gleiche Rahmenbedingungen für alle. Das bringe die Gewissheit, dass sich niemand freikaufen kann und bestimmte Ziele tatsächlich erreicht werden.

• **Schutz für bestimmte Gruppen:** Die Teilnehmenden sahen darin ein wichtiges Werkzeug, um Vermietende zum Umstieg auf klimafreundliche Heizsysteme zu bewegen, da Mietende dies nicht selbst beeinflussen können.

CONTRA

• **Mangelnde Akzeptanz:** Die größte Sorge war, dass ordnungsrechtliche Maßnahmen zu Widerstand in der Bevölkerung und zu Politikverdrossenheit führen. „Ordnungsrecht wird die eh schon sinkende Akzeptanz für Klimaschutz auf null senken, sowohl in der Bevölkerung als auch in der Wirtschaft“, führte eine Person aus.

• **Fehlende Alternativen:** Verbote würden als unfair empfunden, wenn praktikable und bezahlbare Alternativen (z. B. ein gut ausgebauter ÖPNV auf dem Land) fehlen.

• **Soziale Härten:** Die Teilnehmenden hinterfragten kritisch, wie Haushalte reagieren sollen, die ordnungsrechtliche Vorgaben (wie einen Heizungstausch) finanziell nicht stemmen können.

• **Bürokratie:** Die Teilnehmenden befürchteten, dass Verbote Unternehmen und den Staat mit zusätzlicher Bürokratie belasten.

BEDINGUNGEN FÜR DIE UMSETZUNG

• **Augenmaß und Vorlauf:** Maßnahmen sollten sukzessiv und mit ausreichendem zeitlichem Vorlauf eingeführt werden, um Planungssicherheit zu ermöglichen.

• **Kombination mit Förderung:** Ordnungsrechtliche Vorgaben sollten mit finanziellen Unterstützungsangeboten einhergehen, um niemanden zu überfordern.

Vorher-Nachher-Befragung

Das Wissenschaftsteam befragte die Teilnehmenden vor und nach den einzelnen Dialogformaten zu ihren Eindrücken und Bewertungen der Politikmaßnahmen. Sie verwendeten eine fünfstufige Skala von „Keine Zustimmung“ bis „Volle Zustimmung“. In offenen Antwortfeldern konnten die Teilnehmenden ihre Antworten frei begründen. Die Befragungen halfen, die einzelnen Dialogformate auszuwerten und die Ergebnisse sowie den Prozess besser einzuordnen.

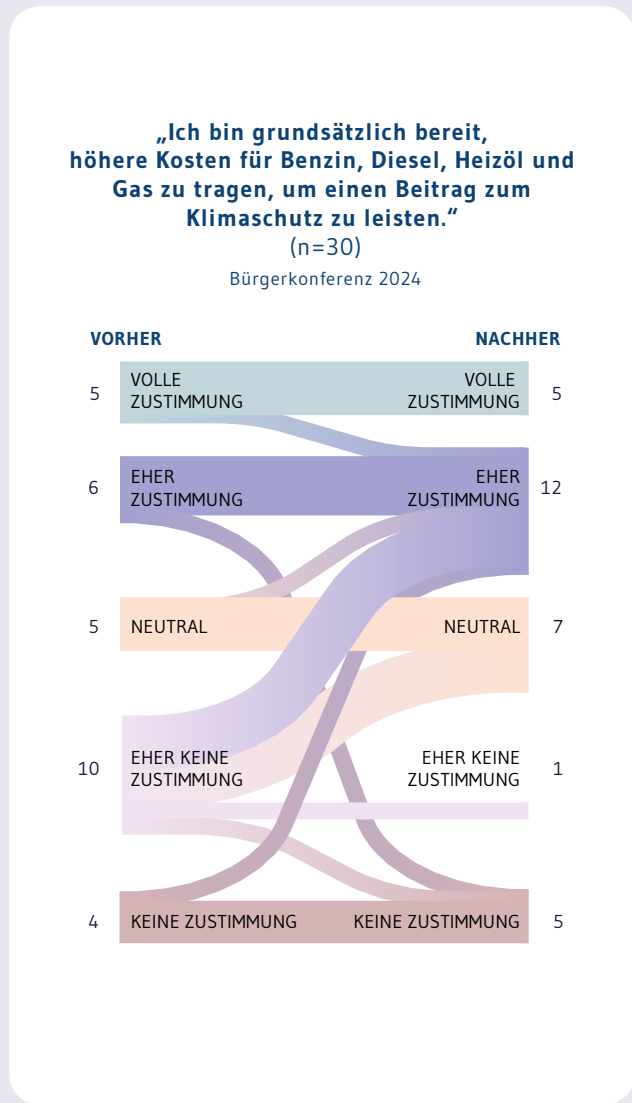
Die Teilnehmenden des Schwerpunktthemas „Finanzierung von Klimapolitik“ bewerteten den Beteiligungsprozess sehr positiv. Sie hoben besonders den konstruktiven Umgang und die Diskussion mit den Forschenden und anderen Teilnehmenden hervor. Darüber hinaus bestätigte eine Mehrheit der Teilnehmenden, dass sie durch den Prozess neue Sichtweisen kennengelernt hätten. „Die Diskussion war anregend und hat neue Argumente eingebracht, die ich vorher noch nicht gesehen hatte“, fasste eine Person zusammen. Auch deshalb änderten einige Teilnehmende ihre Meinung zu einzelnen Politikmaßnahmen. Das zeigt sich unterschiedlich deutlich in den quantitativen Auswertungen der Vorher-Nachher-Befragungen. Auch wenn sich die Grundeinstellungen nicht bei allen Teilnehmenden stark änderten, spiegelte sich der Lerneffekt in differenzierteren Begründungen wider.

So stieg nach der Bürgerkonferenz die Zustimmung zu höheren Kosten für fossile Brennstoffe, um zum Klimaschutz beizutragen. Die Befürwortenden führten das Verursacherprinzip als unterstützenden Grund an, knüpften ihre Zustimmung jedoch an die Bedingung, dass die generierten Staatseinnahmen

sozial gerecht verteilt und zweckgebunden für weiteren Klimaschutz eingesetzt werden. In der Befragung zur Klimafinanzierung durch Schuldenaufnahme

änderte sich wenig am Gesamtbild der Zustimmung. Nach der Online-Deliberation stellten aber die Befürwortenden klare Bedingungen wie Transparenz

und Zweckbindung der Schuldenaufnahme. Einige zunächst skeptische Teilnehmende zeigten sich unter bestimmten Voraussetzungen offener dafür.



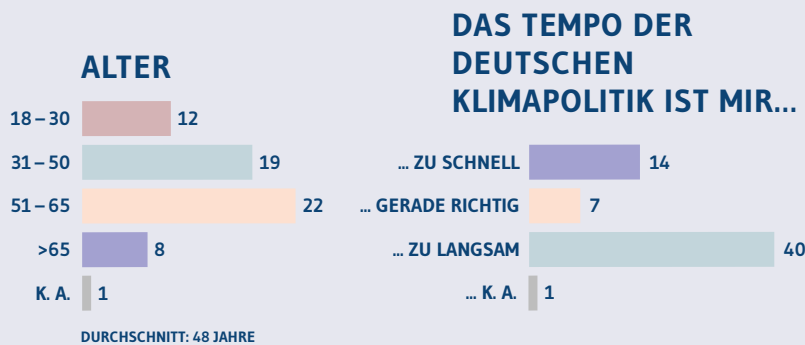
Wer steckt hinter den Teilnehmenden?

62

TEILNEHMENDE IM BEREICH FINANZIERUNG



Insgesamt 62 Bürgerinnen und Bürger brachten ihre Perspektiven in drei Beteiligungsformaten zu Fragen der Klimafinanzierung ein. Die Teilnehmenden bilden unterschiedliche Lebensrealitäten ab.



Weiterführende Wissenschaftliche Publikationen

Der **Ariadne-Report** (Kellner et al., 2026) analysiert wirksame und akzeptable Instrumente der Klimapolitik wie CO₂-Bepreisung, Förderprogramme und Ordnungsrecht und leitet daraus politische Empfehlungen ab.



Der **Ergebnisbericht** zur Ariadne-Bürgerkonferenz (Treichel-Grass et al., 2025) in Fulda 2024 untersucht Bürgerperspektiven zu Gerechtigkeitsfragen, der CO₂-Bepreisung, klimapolitischen Förderinstrumenten sowie zu Finanzierungsoptionen über Steuern und Schulden.



50 37 31



BÜRGER-KONFERENZ 2024

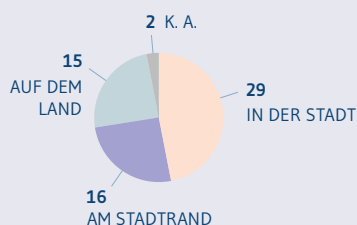


ONLINE-DELIBERATION 2025

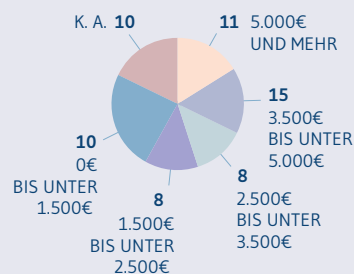


VORBEREITENDE ONLINE-WORKSHOPS 2026

WOHNORT



MONATLICHES NETTOEINKOMMEN



K.A. = KEINE ANGABE

Das **Kurz Dossier** (Kalkuhl et al., 2026) analysiert einen ausgewogenen Instrumentenmix der Klimapolitik mit Blick auf Generationengerechtigkeit, Kosteneffizienz und gesellschaftliche Aushandlungsprozesse.

